Wiesbaden (dosb-presse). Gegen die Einführung der Pferdesteuer in Höhe von 750 Euro pro Tier wendet sich der Landessportbund Hessen vehement. Präsident Rolf Müller spricht vom falschen Weg.

„Städte und Gemeinden, die ihre Haushalte auf Kosten des Sports oder sogar durch Steuern auf den Sport sanieren wollen, gehen den falschen Weg.“ Mit dieser Stellungnahme hat sich der Präsident des Landessportbundes Hessen (LSB), Rolf Müller, gegen die von einigen Kommunen geplante Einführung einer Pferdesteuer ausgesprochen. Danach sollen Pferdebesitzer eine Abgabe in Höhe von 750 Euro pro Pferd und Jahr bezahlen. Das hatte der Hessische Städte- und Gemeindebund empfohlen.

„Ohne das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Sportvereine wäre unsere Gesellschaft in vielen Bereichen ärmer. Sport fördert die Integration, orientiert Jugendliche und spielt eine wichtige Rolle in der Gesundheitsprävention, um nur einige Beispiele zu nennen. All dies gilt selbstverständlich auch für den Pferdesport“, sagte Müller in einer LSB-Erklärung vom Dienstag. Wer vor diesem Hintergrund eine Pferdesteuer erheben wolle, verkenne, dass Reiten „ebenso Breiten- und Jugendsport wie Gesundheitssport ist“. Dass therapeutisches Reiten vielen kranken und behinderten Menschen helfe, werde in dieser Diskussion ebenfalls völlig ignoriert.

Auch der Ansatz, die Pferdesteuer als Luxussteuer auszuweisen, zielt nach Auffassung des LSB-Präsidenten in die falsche Richtung. „Viele Pferdehalter verzichten auf Urlaub und schränken ihre Lebensweise ein, damit sie ihren Sport ausüben können. Kinder und Jugendliche arbeiten in den Ferien und sparen Taschengeld, um ihren Sport zu finanzieren. Und oft genug liegt der Wert der Pferde unter dem geforderten Jahressteuersatz“, sagte Müller.

Letztlich verwies der Präsident der mit 2,1 Millionen Mitgliedern in knapp 8.000 Sportvereinen größten Personenvereinigung Hessens auf die Landes- und Kommunalverfassung. Darin ist die Sportförderung als Pflichtaufgabe verankert. Mit einer Pferdesteuer, so Müller, „wird das Ansinnen des Gesetzgebers, den organisierten Sport als wichtigen und notwendigen Teil unserer Gesellschaft zu schützen und zu fördern, konterkariert“.